

Pressemitteilung

Köln, 18. April 2016

Braunkohle-Emissionen der RWE AG stark gesundheitsgefährdend

Kölner Kinderarzt: "Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit durchsetzen"

Kritische Aktionäre: Keine Entlastung für Vorstand und Aufsichtsrat

Auch nach der Neustrukturierung am 1. April macht die RWE AG ohne Rücksicht auf Klima, Umwelt und menschliche Gesundheit weiter Geschäfte mit dem Abbau und der Verbrennung von Braunkohle. Die Tagebaue und Kraftwerke des Konzerns im Rheinischen Braunkohlerevier stellen eine erhebliche Gefährdung für die Bevölkerung in der Region dar. Deshalb wird der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre bei der Hauptversammlung am Mittwoch in Essen Vorstand und Aufsichtsrat der RWE AG die Entlastung verweigern.

Der Kölner Kinderarzt Christian Döring fordert die RWE AG auf, schnellstmöglich eine Gefährdung durch giftige Braunkohlefeinstäube für Schwangere und Kinder nachweislich auszuschließen. „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ (GG §2 Abs. 2). In der Kinderarztpraxis sind giftige Feinstäube, die die kleinen Patienten einatmen und die sich in ihrer Blutbahn verteilen, seit Jahren ein wichtiges Thema.

"Es gilt als wissenschaftlich erwiesen", so Döring, "dass Kinder beim Einatmen giftbeladene Feinstäube aus Verbrennungsprozessen aufnehmen, welche sich über die Blutbahn in Gehirn und alle Organe verteilen. Säuglinge und Kleinkinder mit ihrem unreifen Abwehrsystem und ihren kleineren Atemwegen sind besonders gefährdet. Sowohl die negativen hormonellen als auch die krebsregenden Wirkungen von Feinstäuben sind in der Kindheit besonders bedrohlich." So hat die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Krebsgefahr von fast unbedenklich auf die höchstgefährliche „Gruppe-1-Karzinogen“ hochgestuft. Der Onkologie-Report der AOK Rheinland/Hamburg warnte bereits Ende 2013 von vermehrtem Lungenkrebs in der Bergbauregion Düren.

Kritik übt der Dachverband auch am angeblich neuen RWE-Geschäftsmodell. „Bisher konnte der Vorstand nicht vermitteln, wie durch die Abspaltung der sogenannten ‘RWE International SE’ ein zukunftsfähiges, auf erneuerbare Energien ausgerichtetes Unternehmen werden soll“, sagt Geschäftsführer Markus Dufner. „De facto hält die RWE AG an der Kohleverstromung fest. Die zerstörerischen Braunkohletagebaue und gesundheitsgefährdenden Kraftwerken, die Riesenmengen an Feinstaub und Kohlendioxid ausstoßen, verschwinden ja nicht, sondern werden quasi zur ‘bad bank’ des Konzerns“, so Dufner.

„Und auch personell hat die RWE AG nichts Neues zu bieten: Sie wird weiter von den alten Vorständen Peter Terium und Rolf Martin Schmitz gesteuert“, so Dufner. „Die haben bisher noch nicht gesagt, wie sie über Nacht zu Experten für erneuerbare Energien geworden sind oder wo sie das dringend benötigte Personal für diesen Bereich finden wollen.“ Wie viele andere Beobachter glaubt auch Dufner, der geplante Börsengang der ‘RWE Internatinal SE’ habe vor allem den Zweck, frisches Geld in die Kassen des maroden Energieriesen zu spülen.

„Mit dem geplanten Bau des Braunkohlekraftwerks BoAplus in Niederaußem verstößt RWE auch gegen das Pariser Klimaschutzabkommen“, sagt Alfred Weinberg von Attac Köln. „Werden weiter massive Mengen Kohlendioxid ausgestoßen, kann das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Vertrags nicht erreicht werden und Millionen Menschen werden zu Klimaflüchtlingen.“

Weinberg zweifelt an der Einschätzung des RWE-Vorstands, dass die Braunkohletagebaue Garzweiler und Hambach bis 2045 so betrieben werden können wie bisher geplant. „Das Festhalten an der Zerstörung von Landschaften und die Zwangsumsiedlung ganzer Dörfer, sowie die gravierenden Eingriffe in den Wasserhaushalt und die Zerstörung der fruchtbaren Böden ist im Zeitalter der Energiewende weder notwendig noch akzeptabel. Ein vollständiger Ausstieg aus der Braunkohle bis 2020 wäre möglich, ohne dass es bei der Stromerzeugung zu Kapazitätsengpässen käme.“

Eine Mitschuld an der desolaten Lage des Konzerns trifft die Mitglieder des Aufsichtsrats. „Sie haben die strategische Fehlentscheidung von RWE bezüglich der Stromerzeugung durch Atom- und Kohlekraftwerke mitgetragen“, betont Dufner. „Damit haben die kommunalen Vertreter im Aufsichtsrat das wirtschaftliche Fiasko für ihre Städte- und Gemeindehaushalte in Kauf genommen.“ Bereits vor zehn Jahren sei bekannt gewesen, dass die Atomkraft ein hochgefährliches Auslaufgeschäft und der Abbau und die Verbrennung von Braunkohle extrem klima-, umwelt- und gesundheitsschädlich sind. „Es war also zumindest fahrlässig, nicht auf Alternativen zu setzen. Es muss dringend untersucht werden, warum die kommunalen Vertreter im Aufsichtsrat, die ja auch gewählte Volksvertreter sind, die besondere Fürsorgepflicht für die Gesundheit der Einwohnerinnen der Städte und Landkreise nicht wahrgenommen haben.“

Kontakt:

- Markus Dufner, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Tel. 0221 / 599 56 47, Mobil-Tel. 0173 - 713 52 37, dachverband@kritischeaktionaere.de
- Alfred Weinberg, Attac Köln
- Christian Döring, Kinderarzt, Köln

Gegenanträge und weitere Informationen zur RWE-Hauptversammlung:

www.kritischeaktionaere.de